

308.0

*da*  
(Dossier "Sicherheit pol. 26")

Fifth Dolder Conference

# The International Security Situation in Europe

Grand Hotel Dolder, Zürich, 17-19 January 1992

---

Zusammenfassender Bericht  
Teilnehmerliste

---

Dr. Theodor H. Winkler  
Beauftragter des Generalstabschefs für sicherheitspolitische Fragen  
5. Februar 1992

VERTRAULICH

## Zusammenfassender Bericht

---

### 1. Allgemeine Wertung

Die Konferenz brachte einen lebhaften - und manchmal auch kontroversen - Meinungsaustausch. Im Zentrum der Diskussionen standen die Entwicklungen in der ehemaligen Sowjetunion (insbesondere die Sicherheit der Nuklearwaffen), die Zukunft des transatlantischen Verhältnisses, die Beziehungen zwischen NATO, WEU, North Atlantic Cooperation Council (NACC) und der KSZE sowie die Aussichten für friedenserhaltende Aktionen auf dem Hintergrund der Erfahrungen in Jugoslawien.

NATO-Generalsekretär Manfred Wörner konnte an der Konferenz nicht teilnehmen, seitens der NATO waren aber Wörners Kabinettschef, Roland Wegener, und sein Berater für Mittel- und Osteuropa, Christopher N. Donnelly, zugegen. WEU-Generalsekretär Willem F. Van Eekelen war ebenso wieder dabei wie der norwegische Verteidigungsminister Johan-Jørgen Holst. Eine Teilnehmerliste liegt diesem Bericht bei.

Die Aussichten stehen gut, das Niveau der Konferenz im nächsten Jahr weiter anheben zu können, zumal Generalsekretär Wörner weiterhin an der Konferenz interessiert ist und der schwedische Premierminister, Carl Bildt, beabsichtigte, an der Dolder-Konferenz 1992 teilzunehmen und erst etwa 10 Tage vor der Konferenz infolge einer Terminkollision absagte.

### 2. Wesentliche Aussagen

#### *Allgemeine Lage und Perspektiven*

*Cordesman* stellte die Frage, ob man eine neue Weltordnung schaffen oder mit der neuen Welt-Unordnung leben solle, und antwortete, man sollte auf das erste hinarbeiten, sich aber damit abfinden, vorerst mit dem zweiten leben zu müssen. *Stürmer* verglich die bipolare Konstellation der vergangenen Jahrzehnte mit einem Schachspiel, das jetzt einem schlecht definierten Würfelspiel Platz gemacht habe. *Wegener* erklärte, während es in den vergangenen Jahrzehnten möglich gewesen sei, systematisch von der Analyse zur Bildung von Konzepten, der Schaffung von Konsens und dann zur Ausführung zu gehen, sei die jetzt Geschichte beschleunigt worden und die verschiedenen Schritte müssten nun parallel und gleichzeitig erfolgen. Der Westen und seine Organisationen (EG, NATO, WEU, KSZE, G-7, G-24) stünden vor drei Hauptaufgaben: die Herausbildung von Demokratien in Mittel- und Osteuropa zu unterstützen, die Desintegration der UdSSR im Auge zu behalten und sich auf regionale Risiken vorzubereiten, die überall auf der Welt auftreten können. *Heisbourg* nannte als wichtigsten Herausforderungen:

- Wie soll Mittel- und Osteuropa integriert werden? 1992 wird für Ungarn nicht ein kritisches Jahr werden; bei Polen ist das weniger gewiss.
- Wie soll den Ereignissen in Jugoslawien begegnet werden?
- Was soll in bezug auf das Auseinanderfallen der UdSSR getan werden?
- Was soll in bezug auf die Dritte Welt getan werden? Das ist besonders für Portugal, Spanien, Frankreich, Italien und Griechenland eine Herausforderung.

### *Mittel- und Osteuropa*

Wie *Donnelly* ausführte, haben die Mittel- und Osteuropäer am schnellsten alte Weltbilder abgeworfen. Es gibt aber, wie *Nacht* bemerkte, ein starkes Gefühl, vom Westen - insbesondere den USA - im Stich gelassen worden zu sein. Zudem bestehe auch die Angst, wegen der Ereignisse in der UdSSR völlig vergessen zu werden. In dieser Lage sind die Leute für Interesse und Unterstützung seitens Deutschlands dankbar. Gleichzeitig beunruhigt sie der deutsche Einfluss. Darum verlangen sie, dass Frankreich und Grossbritannien mehr tun sollten. *Stürmer* betonte, der Westen müsse Zeichen setzen, dass er diese Staaten unterstütze, und den Eliten zeigen, dass sie ihm nicht gleichgültig sind. *Wegener* wies auf die Assoziationsabkommen zwischen der EG und den Staaten Mittel- und Osteuropas hin; das sei ein zu wenig beachteter Erfolg. Die NATO und der NACC werden sich auf die Entwicklung der Streitkräfte in Mittel- und Osteuropa als Elemente demokratischer Gesellschaften konzentrieren, was eine langfristige Aufgabe sein wird.

### *Russland, ehemalige Sowjetunion*

Es bestand Übereinstimmung, dass die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) nicht von langem Bestand sein werde. Abstieg und Fall des russischen Imperiums werden laut *Stürmer* auf 20 Jahre hinaus der Hauptfaktor für Westeuropa sein. Der Westen habe wenig Einfluss auf Russland; bestimmend werde der Einfluss aus dem Süden sein. Die GUS werde die erste Konfrontation mit dem Islam nicht überstehen, da die zentrifugalen Kräfte dann zu stark würden. *Holst* fügte hinzu, ein wichtiger Faktor sei, dass kein Einvernehmen über die Kontrolle der Streitkräfte erreicht wurde; dies sei der Hauptzweck der Konstruktion der GUS gewesen. Der Zug zur gemeinsamen Kontrolle der Streitkräfte sei aber abgefahren. Man könne die GUS auch als Instrument zur Wiederherstellung russischer Dominanz und des russischen Imperiums ansehen. Eine russische Gemeinschaft könnte für einige Zeit einige Republiken im Osten [Zentralasien] einschliessen, nicht aber die Ukraine und Weissrussland.

*Holst* wies weiter darauf hin, dass die Implementierung des CFE-Vertrages eine Einigung über die Anteile der einzelnen Staaten der GUS voraussetze. Die im CFE-Vertrag festgelegte Verteilung der Streitkräfte sei wichtig, und sie laufe ukrainischen Ambitionen zuwider. Es gebe Gerüchte, wonach die jetzt in den baltischen Staaten stationierten Streitkräfte auf die Halbinsel Kola verlegt werden sollten. Sie könnten dort zwar untergebracht, aber kaum verpflegt werden. Der Konflikt über die russische Militärpräsenz in den baltischen Staaten sei noch nicht zu Ende. Es habe dort wichtige Installationen, und zudem gehe es um den Zugang zu Kaliningrad. (*Donnelly* berichtete, Marineoffiziere im baltischen Militärbezirk hätten sich im Oktober mit dem Hinweis auf ungenügende Unterkünfte [Zelte] geweigert, nach Russland überzusiedeln.) Russland werde weiterhin viele Ressourcen in das Militär und die Militärindustrie leiten. Die Marinestreitkräften würden aber wahrscheinlich reduziert. Es sei unwahrscheinlich, dass der Flugzeugträger *Kuznetsov* eingesetzt werden könne; er habe keine Flugzeuge an Bord. Die russischen maritimen Ambitionen würden im wesentlichen auf den Schutz der SSBN-"Bastionen" beschränkt.

*Donnelly* äusserte sich skeptisch über die Perspektiven Russlands. Die Idee, dass die Planung an sich - und nicht nur ein bestimmter, konkreter Plan - falsch gewesen sei, sei noch nicht eingedrungen. Die Mitglieder der Parteienomenklatura hätten sich Posten in der Staatsverwaltung gegeben. Wenn *Yeltsin* seine Revolution durchdrücken wolle, müsse er den Gang der Ereignisse beschleunigen, sonst werde es nicht möglich sein, die Parteibürokratie zu verdrängen. Es sei ein reiner Mythos, dass der KGB nicht korrupt sei. Es brauche eine komplette wirtschaftliche Revolution, um den militärisch-industriellen Komplex dazu zu bringen, die zivile Wirtschaft zu unterstützen. Niemand in der ehemaligen UdSSR wisse, wie man die Rüstungsindustrie umstellen

könnte. *Heisbourg* meinte, der militärisch-industrielle Komplex werde vielleicht aus Nahrungsmittelmangel zum Erliegen kommen, zumal seine Produkte für den internen Tauschhandel wenig geeignet seien.

Sogar Länder mit starken demokratischen Traditionen würden es schwierig finden, eine solche Revolution ohne starke Hand durchzuführen, wie *Donnelly* betonte. Die westlichen Erwartungen an Jeltsin in Wirtschaft und Politik seien widersprüchlich. Jeltsin sei ein ernsthafterer Politiker als er in westlichen Medien dargestellt werde. Sein Stab sage ihm viel Fingerspitzengefühl nach. Die Armee sei die nervöseste Organisation im Lande, da ihre Führung viel zu verlieren habe. Zurzeit habe niemand die effektive Kontrolle über die Streitkräfte. Die GUS sei bereits gescheitert; ein anderes System müsse gefunden werden, um die slawischen Republiken zusammenzuhalten. Nur Russland bewege sich in Richtung Demokratie; die anderen Republiken hingegen zum Nationalismus unter der Führung früherer KP-Ideologen (Leonid M. Kravchuk). In den zentralasiatischen Republiken gebe es gar kein Staatskonzept, sondern nur Stammesstrukturen. Die Russen hätten aufgehört, sich über andere Gebiete zu sorgen, und angefangen, das Aufbrechen der russischen Republik zu befürchten. Diese Besorgnis sei sogar noch stärker als jene über die Kontrolle der Nuklearwaffen.

Dem Westen stellen sich laut *Wegener* folgende Hauptaufgaben:

- Sofortige Unterstützung, um das wirtschaftliche und soziale Überleben sicherzustellen (Maastricht: Bildung einer task force; Washington: globale Koordination).
- Umwandlung der sowjetischen Streitkräfte, so dass sie keine Gefahr für die eigene Regierung darstellen. Die NATO hat Arbeitsgruppen mit den Nachfolgestaaten der UdSSR gebildet, und beim ersten Treffen wurde viel Übereinstimmung festgestellt. Sie erwägt, der GUS, insbesondere Russland, dabei zu unterstützen (z.B. Unterbringung, Umschulung). Unmittelbares Ziel ist die Ratifizierung und Implementierung des CFE-Abkommens.

Die USA müssten erkennen, dass die alte bilaterale Struktur nicht mehr tauglich sei. Man könne nicht mit Russland verhandeln und dann erwarten, dass Weissrussland, die Ukraine und Kasachstan die Absprachen einfach nachvollziehen. Wie *Cordesman* erklärte, gibt es eine Tendenz in den USA, Russland zunehmend als ein Problem zu sehen, dessen sich Europa annehmen sollte. Es werde keinen amerikanischen Marshall-Plan für Russland geben; Auslandshilfe sei ohnehin unpopulär. Im übrigen habe der gesamte Westen der UdSSR bereits das Äquivalent zum Marshall-Plan (32 Mia. \$) zur Verfügung gestellt.

#### *Nuklearwaffen der ehemaligen Sowjetunion*

*Rühl* erzählte, Verteidigungsminister Shaposhnikov habe im letzten Herbst in Bonn auf die Frage, wie es um die Kontrolle der sowjetischen taktischen Nuklearwaffen stehe, geantwortet, mindestens 95% seien unter Kontrolle. 5% sind allerdings rund 1'000 Sprengköpfe. *Heisbourg* zeigte sich besorgt, dass der Westen bislang wenig getan hat, um der ehemaligen UdSSR beim Abbau taktischer Nuklearwaffen zu helfen (obwohl die USA 400 Mio. \$ für diesen Zweck bereitgestellt haben). Zurzeit könnte die Ukraine nicht viel tun, um den Abtransport von Nuklearwaffen zu verhindern; wenn aber weiter gezögert werde, sei diese Gelegenheit vorbei. *Van Eekelen* sagte, man werde die Nuklearwaffen an Ort und Stelle, d.h. in den Republiken, in denen sie stationiert sind, zerstören müssen. Es sei nicht mehr möglich, Nuklearwaffen von der Ukraine nach Russland zu bewegen, da dies als pro-russischer Zug empfunden würde, und der Westen sollte nicht den Eindruck aufkommen lassen, es unterstütze Russland gegen Weissrussland oder die Ukraine. Die EG verfüge aber über einige Druckmöglichkeiten gegenüber der Ukraine; sie könnte für ein Assoziationsabkommen Bedingungen stellen. Das sollte ausgenutzt werden.

*Wegener* bemerkte, die Existenz von 30'000-40'000 nuklearen Sprengköpfen zeige, dass die ehemalige UdSSR immer noch überrüstet sei. Ein Abzug aus allen anderen Republiken nach Russland wäre keine Lösung. Es sollte möglich sein, Russland in dieser Situation der Schwäche dazu zu bringen, diesen Arsenal auf ein vernünftiges Mass zu reduzieren. Wenn Russland künftig seine alte Rolle wieder aufgreifen sollte, werde es in Ermangelung anderer Machtmittel auf die Nuklearwaffen zurückzugreifen versuchen, um sein Gewicht deutlich zu machen. *Holst* riet, man sollte versuchen, wenigstens jene Systeme, die unter dem START-Vertrag zur Verschrottung vorgesehen sind, möglichst rasch abzubauen. Man müsse auch ein vollständiges Inventar aller sowjetischen Nuklearwaffen erhalten. Es sei unklar, wieviele ausser Dienst gestellte nuklearen Sprengköpfe noch gelagert würden; die nachrichtendienstlichen Schätzungen beziehen sich nur auf operationelle Sprengköpfe. Der Westen müsse Unterstützung beim Ausbau der Einrichtungen zur Zerstörung von Nuklearwaffen leisten; zurzeit bestehen solche Anlagen angeblich nur in Russland

*Cordesman* wies darauf hin, dass ein grosser und ununterbrochener Fluss von Raketen und Sprengköpfen erforderlich sei, um die russischen (und ehemaligen sowjetischen) Nuklearkräfte einsatzbereit zu halten. (*Gasteyger* berichtete, russische Teilnehmer hätten am Rande einer Konferenz im Dezember gesagt, nach einigen Jahren würden die nichtrussischen Republiken nicht mehr in der Lage sein, Nuklearwaffen einsatzbereit zu halten.) Im Arsenal der UdSSR habe es mindestens 25-30 verschiedene Typen von nuklearen Sprengköpfen gegeben. Einige davon seien vor langem entworfen worden und hätten sehr mangelhafte Sicherheitsvorrichtungen. Fast 40% der sowjetischen strategischen Nuklearwaffen seien nach sowjetischen Kriterien nahezu veraltet. Selbst nach einem Abbau russisch-sowjetischer Nuklearwaffen und der Demontage der nuklearen Sprengköpfe wäre aber das spaltbare Material immer noch vorhanden. Dieses kann nicht vernichtet werden. Damit könnte es auch jederzeit wieder zur Herstellung von Sprengköpfen verwendet werden. *Cordesman* gestand, diesem Problem etwas ratlos gegenüberzustehen.

#### *Proliferation, regionale Konflikte*

*Stürmer* zitierte Informationen, wonach es "versteckt in Sibirien" 10 Städte gebe, die von Herstellung und Unterhalt der Nuklearwaffen lebten, mit zusammen rund 1 Mio. Einwohnern, von denen rund 2'000 wissen, wie man eine Atombombe baut, und gegenwärtig rund 900 Rubel im Monat verdienen. Tadschikistan habe angereichertes Uran zum Verkauf angeboten. Die Proliferation wird laut *Stürmer* in den kommenden Jahren das dominante Thema sein, wahrscheinlich auf Dauer. Die Führer der Staaten des "islamischen Krisenbogens" würden in wenigen Jahren die modernsten Waffen mit den alttümlichsten Vorstellungen vereinen, wie die Welt geregelt sein sollte. Die Geschichte sei mitnichten "zu Ende", vielmehr seien gegenwärtig die wirklichen geschichtsprägenden Kräfte am Wirken. *Rühl* berichtete, nach Meinung des Direktors der IAEA brauche es relativ grosse Anlagen, um Nuklearwaffen zu bauen; die Proliferation sollte also zumindest entdeckt werden können. Man sollte ein Verzeichnis aller Personen in der UdSSR mit kritischen Wissen über Nuklearwaffen erstellen.

Die NATO sollte laut *Wegener* alte Konzepte wie "out of area" aufgeben. Die Golfkrise sei nicht ein isoliertes Ereignis gewesen, sondern eher der Vorläufer für weitere Krisen. In Algerien zeige sich, wie rasch das gehen könne. Die NATO sei davon überrascht worden. Die Entscheidsträger seien so absorbiert, dass sie Probleme (scheinbar) zweiter Priorität gar nicht mehr wahrnehmen.

#### *Ukraine, Weissrussland*

Die Teilnehmer stimmten überein, dass andauernde Probleme zwischen der Ukraine und Russland zu erwarten sind, z.B. über die territoriale Zugehörigkeit der Krim.

*Stürmer* berichtete, sogar Anatoly Sobchak, Bürgermeister von St. Petersburg und ein führender Reformler, habe gesagt, es sei undenkbar, seitens Russlands die Krim aufzugeben. Der Westen sollte der Ukraine beibringen, dass man Russland und den anderen Staaten nicht Probleme bereiten wolle. Die Schaffung der GUS sei nützlich gewesen, um die zentrifugalen Kräfte teilweise und temporär aufzufangen. *Van Eekelen* bemerkte, gerade angesichts der Ambitionen der Ukraine sei es notwendig, dass der CFE-Vertrag bald ratifiziert und auch ein CFE-1a-Abkommen zur Begrenzung der Mannschaftsstärken abgeschlossen werde. Es werde allgemein erwartet, dass ein solches Abkommen bis spätestens Juli 1992 fertiggestellt sei. *Wegener* erinnerte daran, dass Weissrussland und die Ukraine ihre Geschichte "wiederaufnehmen" wollten - sie gehörten bis vor 200 Jahren nicht zu Russland. Man sollte diese Länder nicht bloss als Störelemente für Russland betrachten.

### *Deutschland, Frankreich*

*Nacht* erklärte, es bestehe latente Besorgnis über die Zukunft Deutschlands, obwohl das Verhalten Deutschlands völlig verständlich und vernünftig sei, z.B. im Fall von Slowenien und Kroatien. Das sei ein Hindernis für weitere Integration. Die gleiche Konstellation bestehe in Ostasien in bezug auf Japan. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion bestünden Ängste, dass Deutschland und Japan wieder dominieren könnten. *Stürmer* erinnerte daran, dass jedermann Deutschland aufgefordert habe, mehr Führungskraft zu zeigen - und nun gebe es Bedenken über das deutsche Selbstbewusstsein. Sogar wenn Deutschland in bester Absicht etwas unternahme, werde dies ein Problem sein, schon infolge seiner Grösse. Deutschland wolle sich in seinen Beziehungen zu Polen, der CSFR und Ungarn nicht vom übrigen Westen isolieren. Es habe viel Geld in diese Länder hineingesteckt. Das könne als Aufbau einer Einflussphäre erscheinen, sei es aber nicht. Bis jetzt habe Deutschland etwa 80% der Last getragen, und jetzt sei es überfordert. Soweit es Jugoslawien betreffe, habe Deutschland etwas tun müssen, weil es geographisch am nächsten sei. Ungefähr 1 Mio. Jugoslawen lebten in Deutschland. *Heisbourg* meinte, der selbstbewusstere Stil der deutschen Aussenpolitik sei mehr auf Aussenminister Genscher als auf eine Stimmung im Volk zurückzuführen. Man sollte sich mehr Sorgen über Frankreich machen als über Deutschland.

Laut *Stürmer* bestehen in Wirklichkeit keine verfassungsmässigen Hindernisse gegen Einsätze der Bundeswehr ausserhalb des NATO-Gebietes. Die öffentliche Debatte darüber sei irreführend, und wenn ein Staat mit 80 Mio. Einwohnern solche Spiele treibe, sei das ein Grund zu Besorgnis. Deutschland sollte vorsichtiger sein: "Wir sind grosse Redner, aber wenn es zu einer Aktion kommt, kann man nicht auf die Deutschen zählen." Deutschland könne nicht eine Pause einlegen, um mit den durch die Vereinigung herbeigeführten Veränderungen umgehen zu lernen.

Laut *Heisbourg* soll EG-Kommissionspräsident Jacques Delors zur Idee einer Integration der französischen Nuklearwaffen in eine europäische Streitmacht positiv geäussert haben. Präsident Mitterrand habe die Frage auch öffentlich gestellt, allerdings im Kontext der Doktrin (und nicht etwa der Teilung von Kommando und Kontrolle). Niemand wisse aber, was Mitterrand wirklich gemeint habe. In keinem anderen Land werde die Ratifizierung des Vertrags von Maastricht so schwierig sein wie in Frankreich. Le Pen habe begonnen, eine kohärente anti-europäische Politik zu formulieren. Trotzdem werde die französische Regierung wahrscheinlich in der Vorhut sein, um die europäische Integration weiter voranzutreiben.

### *Vereinigte Staaten von Amerika*

*Stürmer* meinte, nach dem Aufbruch der UdSSR werde die künftige Rolle der USA ungewisser, weil sie nun nicht mehr automatisch Gegengewicht zur UdSSR spielen müssten. Wirtschaftliche und innenpolitische Angelegenheiten werden an relativer Wichtigkeit für die USA zunehmen. *Nacht* wies auf ein Auseinanderdriften der Meinungen (in bezug auf aussenpolitisches Engagement) zwischen der politischen Elite und der Bevölkerung in den USA hin. Der Zusammenbruch der UdSSR und die zunehmenden wirtschaftlichen Probleme erodierte die Basis der gegenwärtigen Politik. Amerikaner, als ein einfaches und lösungsorientiertes Volk, seien nicht fähig, Verpflichtungen über vage Themen aufrechtzuerhalten. Es sei unklar, inwieweit die Elite den populären Impulsen für einen Rückzug widerstehen können. Die amerikanische Verpflichtung für Europa werde vermindert werden; die einzig verbleibende Frage sei um wieviel. *Cordesman* ergänzte, die sicherheitspolitische Debatte in den USA sei nicht anti-japanisch ausgerichtet. In der Wirtschaft sei es anders, aber dort gebe es keine anti-deutschen Gefühle. Die USA seien nicht auf dem Weg in den Isolationismus, erklärte *Slocombe*. Die Verringerungen des Verteidigungsbudgets seien wirtschaftlich bedingt und widerspiegeln nicht einen grundsätzlichen Widerwillen gegen Engagements im Ausland.

### *Amerikanische Militärpräsenz in Europa*

In Abwesenheit einer US-Präsenz würden sich zahlreiche Probleme stellen, wie *Stürmer* erläuterte. Polen würde sich zwischen Deutschland und Russland sehr exponiert fühlen. Ein militärisches Gleichgewicht in Europa könne nicht von Europa allein hergestellt werden, zumal es kein Gegenstück zu Russland in Westeuropa gibt. *Cordesman* erklärte, der Kongress wolle die Militärpräsenz in Europa auf 100'000 reduzieren. Es gebe auch Pläne für Stärken von 50'000 bis 100'000. Die USA werde Europa nicht verlassen, aber es finde eine graduelle Verschiebung der Konzentration auf Südostasien, den Mittleren Osten und generell auf die Dritte Welt statt. In einigen Jahren werde der US-Handel mit dem Fernen Osten jenen mit Europa übersteigen, wie dies bereits jetzt bei der Hochtechnologie der Fall sei. (*Heisbourg* bemerkte, Europa habe bereits jetzt mehr Handel mit Asien als mit den USA, dies habe aber nicht in einer Allianz ausgemündet.) Die USA hätten seit dem Zweiten Weltkrieg etwa 270 Male die Streitkräfte eingesetzt, davon 230-240 Male ausserhalb des NATO-Gebiets. Der Anteil der Verteidigungsausgaben am Bruttosozialprodukt werde unter 3.5%, jener der Verteidigungsausgaben am Budget unter 18% sinken. Es sei unwahrscheinlich, dass mehr als 2 aktive Divisionen in Europa stationiert würden, vermutlich deutlich weniger. Die Zahl der Trägerkampfgruppen werde von 14 auf 8-10 verringert werden, die Anzahl der Flugzeuge um 40-50%. Die Ausrüstung der amphibischen Kräfte werde 1995 obsolet ("bloc obsolescence"). Das C-17-Transportflugzeug müsse rasch eingeführt werden, da viele C-141 wegen der starken Beanspruchung während des Golfkrieges früher als ursprünglich vorgesehen ausgemustert werden müssten. Die USA verfügten gegenwärtig über weniger "sea-lift"-Kapazität als nötig sei, um eine Division rasch zu verlegen. Während man in der Schweiz über die Beschaffung der F-18 debattiere, sei es in den USA klar, dass die F-18 gerade das Minimum an Fähigkeiten habe, um überhaupt im Arsenal behalten zu werden. Als Folge der Budgetkürzungen einerseits, der Lehren aus dem Golfkrieg andererseits, werde aber z.B. die F-16 in Kürze nur noch von der Air National Guard eingesetzt. "Desert Storm" habe gezeigt, dass jenes, was für die NATO 1994 geplant gewesen sei, bereits 1991 in einem Krieg geringer und mittlerer Intensität in der Dritten Welt erforderlich gewesen sei. Hingegen bezweifelt *Cordesman*, dass der Kongress die Streitkräfte in einer Weise reduzieren werde, welche mit einem massiven Verlust an Arbeitsstellen verbunden wäre.

*Heisbourg* betonte, wichtiger als die Zahlen der US-Truppenpräsenz in Europa sei ihre politische Symbolwirkung und die Beibehaltung von Kampfkraft. Nach *Wegener* sollte die US-Militärpräsenz in Europa politisch signifikant bleiben, und dies heisse, dass sie militärisch signifikant sein müsse. Im Golfkrieg seien die USA auf die Infrastruktur in Europa angewiesen gewesen. Eine militärisch signifikante US-Militärpräsenz sollte zumindest ein Korps (mit je 1 Infanterie- und Panzerdivision) sowie entsprechende Transport- und Verstärkungskapazitäten umfassen. Sonst wäre das Kontingent nicht ausreichend vielseitig verwendbar. Eine Präsenz unter 75'000 Mann (wie in Korea) wäre nur symbolisch, aber nicht mehr militärisch bedeutsam (und würde die Frage aufwerfen, ob Korea und Europa den gleichen Stellenwert für die USA hätten). 75'000-100'000 sei die untere Grenze, und auch damit wären anhaltende Operationen nicht möglich. 150'000 sei die Verhandlungsposition, 75'000 das absolute untere Ende. Ein gepanzertes Korps habe mindestens 50'000 Mann, könne aber grösser sein. Das 7. Korps umfasse z.B. 60'000-70'000 Mann. *Donnelly* ergänzte, damit die Kunst der operativen Kriegführung auf nationaler Ebene weiterhin beherrscht werde, benötige man mindestens einen Armeekorpskommandanten und seinen Stab. *Van Eekelen* meinte, es sei vielleicht nicht unbedingt notwendig, jederzeit ein amerikanisches Korps im Vollbestand in Europa zu haben. Man sollte die USA von gewissen Aufgaben entlasten und ihnen dafür Missionen zuweisen, wo sie grosse Vorteile haben. Dies wären a) die nukleare Rolle; b) Verstärkung; c) einige hochtechnologische Gebiete; d) einige Kampfrollen. Die Abdeckung dieser Aufgaben würde wahrscheinlich um 50'000 Mann erfordern; wichtiger als die Anzahl sei aber die Funktion.

#### *Die Zukunft der NATO*

NATO und WEU verdanken laut *Stürmer* ihre Existenz dem Kalten Krieg. Es sei noch ungewiss, ob diese Organisationen über das Ende des Kalten Krieges hinaus bestehen bleiben werden. Andere Teilnehmer äusserten sich zuversichtlicher über den Weiterbestand der Allianz. *Heisbourg* betonte, es gebe keine Parallele zur NATO in der Geschichte. Die NATO muss allerdings, wie *Holst* und *Heisbourg* betonten, der internen Organisation mehr Beachtung schenken und überprüfen, auf welche Weise wichtige Entscheidungen herbeigeführt werden. *Wegener* erwiderte, die NATO habe einen grossen Umstrukturierungseffort begonnen. Das Problem sei nicht die NATO-Bürokratie, sondern nationale Bürokratien. *Slocombe* schloss nicht aus, dass Russland Druck auf seine Nachbarstaaten ausüben könnte. In diesem Fall sei NATO die Organisation, um damit umzugehen. Die NATO sei dafür nicht nur geeignet - wenn es diese Gefahr nicht mehr gäbe, hätte die NATO keinen Zweck mehr. Die NATO sollte nicht zu einer Vereinigung der Veteranen des Kalten Krieges verkommen.

*Van Eekelen* bemerkte, das Szenario der kollektiven Verteidigung werde immer unwahrscheinlicher. Verteidigung verlagere sich auf Interventionsaktivitäten, Unterstützung und humanitäre Operationen. Das könnte in der NATO getan werden, wenn alle zustimmen würden. Aber es bestehe keine Konvergenz der militärischen, politischen und wirtschaftlichen Aspekte. Die NATO könne auch als verlängerter Arm der USA erscheinen. Eine europäische Verteidigungsidentität - die mit den USA zusammenarbeitet - sei notwendig. Das Konzept ineinandergreifender Institutionen sei gut.

*Cordesman* bemerkte, ineinandergreifende (interlocking) Institutionen seien ohne ineinandergreifende Fähigkeiten unmöglich, und davon gebe es derzeit sehr wenig. Nach dem Zusammenbruch der UdSSR habe jede Regierung angefangen, im Verteidigungsbudget dort zu kürzen, wo es politisch bequem erschien. Irgendwann müssten die Europäer überlegen, was es brauche, damit die Streitkräfte noch tauglich seien, statt was politisch bequem sei. Irak sei fähig gewesen, Gegenmassnahmen gegen Infrarot-Raketen zu ergreifen, die fortgeschrittener seien als 90% des NATO-Arsenals. Im Golfkrieg seien in einer einzigen Luftangriffs-Welle rund 200 Anti-

Radar-Raketen gleichzeitig eingesetzt worden, mehr als das Inventar der meisten europäischen NATO-Mitgliedstaaten. Die ganze Luftbetankungskapazität der USA sei im Golfkrieg benötigt worden; in einem europäischen Krieg könnte man vielleicht 50% der geplanten Einsätze fliegen. Wenn man wirklich über Kampfkraft sprechen wolle, müsse man das mit einer Check-List machen. Die meisten neutralen Staaten seien vielleicht in 1-2 von 10 Gebieten konkurrenzfähig. Niemand wolle über die wahre Lage sprechen; jedermann ziehe bequeme Illusionen vor.

#### *North Atlantic Cooperation Council (NACC)*

Wie *Wegener* bestätigte, besteht grundsätzliches Einverständnis, alle Staaten der GUS einzuladen, dem NACC beizutreten. *Heisbourg* meinte, der NACC könnte eine wichtige Institution werden, äusserte aber Skepsis gegenüber der Ausweitung des NACC auf die asiatischen Republiken. Wieso wolle man Tajikistan aufnehmen, nicht aber die Neutralen? Und wenn es um die Abwehr des islamischen Fundamentalismus gehe: Wieso Tajikistan, das weiter weg ist, nicht aber Marokko, Tunesien und Algerien? Die Skepsis bezüglich der Aufnahme aller GUS-Republiken in den NACC wurde von *Rühl* geteilt. Dies könne die kritischste Entscheidung in der ganzen Geschichte der NATO sein. Es stelle sich die Frage, welche Art von Zusammenarbeit mit welchem Zweck im Rahmen des NACC stattfinden solle. Die NATO sei eine politisch-militärische Allianz westlicher Länder mit gemeinsamen politischen Zielsetzungen. Sie würde sich überfordern, wenn sie in Asien - und dann wieso auch nicht im Mittleren Osten und in Afrika? - die Ordnung hegemonial bestimmen wollte. *Wegener* antwortete, mit der Bildung des NACC habe die NATO einfach auf eine historische Herausforderung geantwortet. Man könne später immer noch Unterscheidungen zwischen Osteuropa und Zentralasien treffen; jetzt gehe es aber darum, Staaten wie Kazachstan eine Perspektive zu geben.

#### *EG und WEU*

*Stürmer* bezeichnete die EG als Schönwetter-Organisation. Er bezweifelte, dass eine europäische Armee gebildet werden kann, zumal es bereits schwierig sei, eine gemeinsame Währung einzuführen. *Gasteyger* erwartet, dass der horizontale und vertikale Ausbau der EG gleichzeitig stattfinden wird. *Van Eekelen* meinte, Europa werde ohne wirtschaftliche Integration seine Position in der Welt nicht halten können. In Maastricht wurde beschlossen, dass eine Konvergenz zwischen wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Strukturen stattfinden soll. Zumindest bis 1996 soll dies im Rahmen der WEU geschehen. *Rühl* bemerkte, die Frage, in was die EG schliesslich ausmünden solle, sei noch nicht ausreichend gestellt worden. Es wäre der Stabilität und dem Zusammenhalt der EG zuträglich, wenn man die Erweiterung im wesentlichen auf Westeuropa plus allenfalls Skandinavien und die drei mitteleuropäischen Demokratie beschränken würde. Andere Staaten sollten nur assoziiert werden. Zur Erweiterung der EG meinte *Van Eekelen*, niemand wisse, wie eine EG mit mehr als 15 Mitgliedern funktionieren werde. Sie werde neue Strukturen und Regeln benötigen.

Der französisch-deutsche Vorschlag für ein europäisches Korps enthält nach *Van Eekelen* mehrere wichtige Elemente: Zum erstenmal habe Frankreich sich zu multilateralen Streitkräften verpflichtet; in diesem Rahmen würde mindestens eine Division in Deutschland stationiert, wie auch deutsche Verbände in Frankreich stationiert sein werden. *Van Eekelen* meinte, die Rapid-Reaktion Forces (RRF) seien eher unhandlich. Die RRF umfassten 7 Divisionen, und es werde der NATO kaum möglich sein, die ganze RRF mit modernem Material auszurüsten. *Van Eekelen* glaubt, die Existenz eines wirklichen europäischen Militärpotentials hätte die Entwicklung in Jugoslawien beeinflussen können, ohne dass es unbedingt nötig gewesen wäre, es einzusetzen. 1-2 europäische Divisionen würden genügen: es brauche für diesen Zweck nicht eine

ganze europäische Armee. Hingegen sieht Van Eekelen in Anbetracht der Proliferation ballistischer Raketen ein Bedürfnis, Fähigkeiten zur Verteidigung gegen ballistische Raketen in Europa aufzubauen. Eine europäische Verfügungsgewalt über Nuklearwaffen sei weniger notwendig. Er wies weiter darauf hin, dass Europa in verschiedenen Gebieten ungenügende Fähigkeiten habe, z.B. bei der Satellitenaufklärung, der Logistik und dem Luft- und Seetransport schwerer Güter. Die WEU werde 1992 ein Zentrum zur Auswertung von Satellitenbildern einrichten und vielleicht mit den Programmen der USA und von ESA verbinden. Damit werde man lernen, wie man Satelliten benützen könnte. Es gibt ein französisch-deutsches Programm zur Evaluation der Schaffung einer "heavy lift"-Fähigkeit unter Ausnutzung ziviler Kapazitäten.

*Rühl* betonte, am wichtigsten seien der Aufbau von Fähigkeiten zur strategischen Aufklärung und Raketenabwehr. Man kann aber keine vernünftige Verteidigung ohne weltraumgestützte Systeme erreichen, wie *Cordesman* bemerkte. Europa müsste nicht alle selbst tun, sondern könnte mit den USA zusammenarbeiten, meinte *Van Eekelen*. *Slocombe* erklärte, der Erfolg, wie er im Golf erreicht worden sei, hänge stark von konventionellen, aber sehr kospiegeligen C3I-Systemen ab. *Nacht* wies darauf hin, eine gemeinsame Verteidigung erfordere eine gemeinsame Aussenpolitik. Die EG-Mitgliedstaaten stimmten aber in der UNO-Generalversammlung oft verschieden (47% Übereinstimmung).

*Heisbourg* unterstützte das Konzept ineinandergreifender Institutionen. Wenn das wirklich der Fall sein sollte, müssten europäische Streitkräfte doppelte oder dreifache "Hüte" tragen (EG/WEU, NATO, Staat). Die Ansprüche an Interoperabilität würden zunehmen. Wenn es möglich gewesen sei, die Britische Rheinarmee während des Golfkriegs kurzfristig einem Kommando ausserhalb der NATO zu unterstellen, sollte ein geplanter Unterstellungswechsel kein Problem sein. Grundsätzlich sei die Mehrfachunterstellung auch auf Nuklearstreitkräfte anwendbar. Europäische Streitkräfte sollten Langstrecken-Transportflugzeuge, Tankerflugzeuge und Mittel für strategische Aufklärung haben. Die gegenwärtige Abhängigkeit von den USA habe sich z.B. beim Krieg im Tschad 1983 gezeigt. Tschad sei für die USA von drittrangiger Wichtigkeit gewesen, aber sehr viel wichtiger für Frankreich. *Heisbourg* glaubt, dass Frankreich sich in seinem Verhältnis zur NATO mehr der spanischen Position annähern wird.

### KSZE

Viele mittel- und osteuropäische Staaten empfinden laut *Holst* die KSZE als ein Überbleibsel des Kalten Krieges. *Stürmer* fragte sich, ob die Periode des grössten Nutzens der KSZE bereits vorbei sei oder aber dann zu Ende gehe, wenn der nächste Staat sich auflöst. Was wenn Russland aufbricht? *Wegener* erklärte, nur die NATO könne dem ersten Korb der KSZE Substanz verleihen, und der zweite Korb werde durch die EG, den EWR und Assoziationsabkommen abgedeckt. *Van Eekelen* fragte sich, ob der KSZE-Mechanismus, der zur Eindämmung der UdSSR errichtet wurde, immer noch nötig ist, wenn die UdSSR nicht mehr existiert. Er machte darauf aufmerksam, dass bei allen drei KSZE-Körben parallele bzw. rivalisierende Organisationen bestehen. Nur die NATO könne dem Bereich Sicherheitspolitik (Korb 1) Substanz geben. Der zweite Korb werde de facto von EG, EWR und Assoziationsabkommen mit der EG übernommen, und beim dritten Korb dürfe der Europarat nicht vergessen werden.

*Heisbourg* erklärte, ein wichtiger Punkt zugunsten der KSZE sei, dass nicht befürchtet werde, dass sie zur Schaffung von Einflussphären verwendet werde. Sie gebe auch keine Sicherheitsgarantien. Sie sei ein gutes Forum für die früheren Republiken der UdSSR. Es gebe nur wenige Aufnahmebedingungen: Anerkennung der Unverletzbarkeit bestehender Grenzen, Minderheitenschutz, Menschenrechte, wie in den Dokumenten von Helsinki und Paris niedergelegt. Die KSZE sei auch das

logische Forum, um zu diskutieren, was nach dem CFE-Abkommen kommen sollte. Heisbourg glaubt indessen nicht, dass es möglich sei, Staaten wie Tadschikistan in den europäischen Rüstungskontrollprozess einzubeziehen. Es hätte keinen Sinn, sich auf den Hindukush zu konzentrieren und darüber die Entstehung von Nuklearmächten im europäischen Teil der ehemaligen UdSSR zu übersehen.

Botschafterin von *Grünigen* erklärte, wenn eine Organisation die Staaten der GUS aufzunehmen habe, dann sei es die KSZE. Wieso sollten nicht alle diese Staaten jene Verpflichtungen übernehmen, welche die UdSSR übernommen hatte? Es wäre vielleicht das beste, nur Russland, die Ukraine und Weissrussland aufzunehmen, aber auf Grund welcher Kriterien könnte man das machen? (Im Europarat sei das allerdings anders.) *Rühl* äusserte sich gegen die Aufnahme aller ehemaligen UdSSR-Republiken in die KSZE. Wieso sollten die russischen Kolonien aufgenommen werden, wenn die früheren Kolonien der westeuropäischen Staaten auch nicht in die KSZE aufgenommen worden seien? Wieso sollte sich Europa die Last des russischen Kolonialismus und Imperialismus in Asien aufbürden? Der KSZE-Prozess sollte vertieft statt auf Asien ausgedehnt werden. *Heisbourg* meinte, man sollte zumindest nicht alle 11 GUS-Republiken *einladen*; man könnte sie immer noch aufnehmen, wenn sie einen Antrag stellen würden und dadurch beweisen wollten, dass sie mehr europäisch als asiatisch seien. Das gelte übrigens nicht nur für die KSZE sondern auch für den NACC. *Van Eekelen* sprach sich dafür aus, zu versuchen, den politisch bindenden Verpflichtungen, die im Rahmen der KSZE eingegangen wurden, eine stärkere rechtliche Verbindlichkeit zu geben. Es sei im übrigen schwierig vorzustellen, wie KSZE und NACC parallel geführt würden.

#### *Friedenserhaltende Aktionen*

*Slocombe* sagte, die USA wie Westeuropa hätten im Fall Jugoslawiens schlecht reagiert. Die USA hätten den Fehler gemacht, dies als ein rein europäisches Problem anzusehen, und Westeuropa habe den Fehler begangen, die USA so leicht entweichen zu lassen. *Heisbourg* wies darauf hin, dass in Jugoslawien die EG nicht als unparteiisch angesehen worden sei und darum keinen Erfolg hatte. Wenn Europa in Jugoslawien intervenieren würde, wäre das eher peace-making als peace-keeping. Auch *Cordesman* strich den Unterschied zwischen peace-keeping und peace-making heraus. Für peace-making braucht man Aufklärung und überlegene Mittel, und selbst dann ist es keine klinisch saubere Operation. *Heisbourg* lenkte die Aufmerksamkeit darauf, dass die KSZE im Gegensatz zur UNO keinen Sicherheitsrat und keine bereits bestehende friedenserhaltende Maschinerie habe. Er ist skeptisch, ob die KSZE künftig stark in friedenserhaltenden Aktionen involviert sein wird. Im übrigen seien die Chancen einer Friedenstruppe auch besser, wenn sie von möglichst weit weg komme. Botschafterin von *Grünigen* sprach sich gegen KSZE-Interventionstruppen und für friedenserhaltende Truppen aus, die nur leicht bewaffnet sind und mit Zustimmung aller Konfliktparteien disloziert werden. *Wegener* antwortete, man müsse die Fähigkeit zum peace-making haben, damit alle Parteien die Zustimmung zum peace-keeping gäben. *Rühl* fügte hinzu, er sei von den friedenserhaltenden Aktionen der UNO nicht beeindruckt. Peace-keeping sei für eine kurze Übergangszeit gut, aber unnütz, wenn es zum Dauerzustand werde, wie in Zypern. Dann nämlich diene es bloss dazu, den Status quo zu zementieren und dem Aggressor die Früchte der Aggression zu sichern. Wenn jetzt z.B. UNO-Friedenstruppen in Slawonien stationiert würden, so würden sie verhindern, dass die kroatischen Flüchtlinge in ihre Heime zurückkehren könnten.

Fifth Dolder Conference

# The International Security Situation in Europe

Grand Hotel Dolder, Zurich, 17-19 January 1992

## List of Participants

Prof. Anthony H. Cordesman  
*Legislative Assistant for National Security Affairs to Senator John McCain (R-Arizona),  
US Senate, Washington, DC*

Major-General Dr. Gustav Däniker  
*Defence Analyst*

Mr. Christopher N. Donnelly, Esq.  
*Special Adviser of the Secretary-General for Central and East European Affairs, NATO  
Headquarters, Brussels*

Ambassador Guy Ducrey  
*Chief, Political Secretariat, Federal Department of Foreign Affairs, Bern*

Dr. Willem F. Van Eekelen  
*Secretary-General, Western European Union; London*

Prof. Curt Gasteyger  
*Director, Programme for Strategic and International Studies, Geneva*

Major-General Louis Geiger  
*Chief of Staff for Operational Training, Federal Military Department, Bern*

Ambassador Marianne von Grünigen  
*Chief, Political Division III, Federal Department of Foreign Affairs, Bern*

Lieutenant-General Heinz Häsler  
*Chief of the General Staff, Federal Military Department, Bern*

Mr. François Heisbourg  
*Director, International Institute for Strategic Studies, London*

Dr. Johan-Jørgen Holst  
*Minister of Defence, Oslo*

Prof. Michael Nacht  
*Dean of the School for Public Affairs, University of Maryland, College Park, MD*

Dr. Lothar Rühl  
*Editor, "Die Welt", Bonn*

Dr. Otto Schoch  
*Senator, Herisau*

Mr. Walter B. Slocombe  
*Caplin & Drysdale, Chartered, Washington, DC*

Prof. Kurt R. Spillmann  
*Director, Centre for Security Policy and Conflict Analysis, Swiss Federal Institute of  
Technology, Zurich*

Prof. Michael Stürmer  
*Director, Stiftung Wissenschaft und Politik, Ebenhausen*

Mr. Kaspar Villiger  
*Minister of Defence, Federal Military Department, Bern*

Dr. Roland Wegener  
*Director, Office of the Secretary-General, NATO Headquarters, Brussels*

Dr. Theodor H. Winkler  
*Representative for Politico-Military Affairs, Federal Military Department, Bern*